

Forderungskatalog

Mit Engagement demokratisches Zusammenleben in Vielfalt stärken

-

Politische Forderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen an die neue Bundesregierung, die Fraktionen sowie Mitglieder des Bundestags für ein diverses und vielfältiges Deutschland

Präambel

Bürgerschaftliches Engagement ist ein wesentlicher Bestandteil unseres demokratischen Gemeinwesens. Eine starke Zivilgesellschaft trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, der zunehmend durch Polarisierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Frage gestellt wird.

Mittlerweile haben ca. 25% der Bevölkerung in Deutschland eine Einwanderungsgeschichte. Aktuelle Studien belegen, dass sich dieser Anteil in Kürze aufgrund des demographischen Wandels verdoppeln wird. Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind indes sowohl im Alltag als auch strukturell weiterhin verbreitet, stellen nach wie vor eine große Herausforderung dar und haben in den vergangenen Jahren, verstärkt etwa durch die Corona-Pandemie, an Kraft gewonnen. Um dieser Gefährdung unserer Demokratie zu begegnen, bedarf es struktureller Veränderungen der Gesellschaft und einer nachhaltigen Stärkung der Zivilgesellschaft.

Das hat die scheidende Bundesregierung erkannt und mit ihrem „Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“ erste Gegenmaßnahmen skizziert. Die unterzeichnenden Organisationen dieses Forderungskatalogs begrüßen den Maßnahmenkatalog ausdrücklich und fordern die zukünftige Bundesregierung auf, an diesen anzuknüpfen. Gleichwohl gehen die beschlossenen Maßnahmen nicht weit genug. Vor diesem Hintergrund verstehen wir, als Akteure der Zivilgesellschaft, die nachfolgenden Forderungen als Aufruf, allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und das demokratische Zusammenleben in Vielfalt zu stärken. Im Bewusstsein darüber, dass unterschiedliche Diskriminierungsdimensionen existieren, zielen die hier aufgestellten Forderungen auf Deutschland als eine Migrationsgesellschaft ab.

Forderungen

- I. **Der Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegen Rassismus und für ein Zusammenleben in Vielfalt bedarf der rechtlichen und strukturellen Fundierung, um die Handlungsfähigkeit aller gesellschaftlichen Akteure zu stärken. Wir fordern daher, die rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen für Vielfalt zu schaffen und entschiedener gegen Rassismus sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Hierzu gehört:**
- Es bedarf eines klaren Bekenntnisses des Staates zu Vielfalt und dazu, dass **Deutschland eine Migrationsgesellschaft** ist. Wir fordern, im Grundgesetz einen Artikel aufzunehmen, der Deutschland als Einwanderungsgesellschaft definiert, und damit auch ein zusätzliches Staatsziel „**Förderung gleichberechtigter Teilhabe und Chancengerechtigkeit**“ ausweist. Das ist bereits beispielhaft auf Länderebene mit der Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Verfassungen der Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt gelungen. Aufbauend auf das Diskriminierungsverbot ergebe sich eine größere staatliche Handlungsfähigkeit.
 - In Anerkennung der Tatsache, dass Deutschland eine Migrationsgesellschaft ist und die Gewährleistung gleichberechtigter Teilhabe aller Menschen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, muss der Themenkomplex auf Bundesebene in der Exekutive eigenständig verankert werden. Wir fordern, entweder
 - ein „**Bundesministerium für Diversität, Teilhabe und Migration**“ einzuführen. Oder
 - den Posten der/des „Integrationsbeauftragten der Bundesregierung“ zur „Beauftragten für Diversität, Migration, Teilhabe und gegen Rassismus“ weiter zu entwickeln, mit entsprechender Erweiterung der Handlungsfelder.
 - Noch immer spiegeln staatliche Einrichtungen, wie etwa Ministerien, die Vielfalt der Gesellschaft unter ihren Mitarbeitenden nicht wider. Wir fordern,
 - ein **Bundespartzipationsgesetz** zu erarbeiten, das unter anderem basierend auf der oben genannten gesetzlichen Definition von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine wissenschaftlich fundierte verpflichtende Quote im öffentlichen Dienst für Menschen, die von Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung potentiell betroffen sind, einführt. Ziel sollte sein, den öffentlichen Dienst stärker für alle Mitglieder der Gesellschaft zu öffnen. Sowie
 - **unabhängige Beschwerdestellen in Verwaltungen und Sicherheitsbehörden** einzurichten, an die sich von Rassismus und Diskriminierung betroffene Angestellte wenden können.
 - Die strafrechtliche Verfolgung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist aktuell schwerlich möglich. Wir fordern, **eine gesetzliche Definition von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** zu erarbeiten und basierend auf dieser, **Rassismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen als Straftatbestände in das Strafgesetzbuch** aufzunehmen.

- In Gesetzesentwürfen des Bundes finden Aspekte von Rassismus, Diskriminierung und Marginalisierung weiterhin zu geringe Beachtung. Wir fordern, ähnlich dem Ethikrat, einen **„Partizipationsrats Migrationsgesellschaft“** einzuberufen, der die Bundesregierung und den Bundestag bei der Erarbeitung von Gesetzen hinsichtlich Chancengerechtigkeit und gleichberechtigter Teilhabe aller Menschen berät.
- Es mangelt an evidenzbasierten Erkenntnissen zu Deutschland als eine vielfältige Gesellschaft. Wir fordern, dass die unabhängige **Forschung zu Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung, Teilhabebehindernissen, Intersektionalität sowie Vielfalt in ihren unterschiedlichen Dimensionen stärker gefördert wird**. Es bedarf weiterer Daten und Erkenntnisse zu Deutschland als Einwanderungsgesellschaft, auch um beispielsweise Alternativbegriffe und -definitionen zu „Migrationshintergrund“ zu diskutieren und zu erarbeiten. Hierzu gehört ebenso die Etablierung von Lehrstühlen zum Themenkomplex Rassismus, um das Thema strukturell in Universität zu verankern.

II. Die gut 29 Millionen freiwillig engagierten Menschen in Deutschland und die sie unterstützenden Strukturen der organisierten Zivilgesellschaft sind eine Stütze der Demokratie. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt erhalten bleibt, auch in Krisenzeiten. Wir fordern, die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement weiter zu stärken und intensiver in politische Prozesse einzubinden. Hierzu gehören:

- Die Corona-Krise gefährdet zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement stellen. Sie bündeln Expertise, schaffen Räume für gesellschaftliche Teilhabe und sind Anlaufstelle für Millionen engagierter Bürger*innen. Ihr Überleben ist von herausragender Bedeutung für die Frage, ob die Krise als Chance genutzt werden kann. Wir fordern ähnlich dem „Maßnahmenpaket für Unternehmen gegen die Folgen des Coronavirus“ ein **„Maßnahmenpaket Zivilgesellschaft“**, um die Handlungsfähigkeit dieser Organisationen zu erhalten und eine Krise des Engagements nach der Krise zu vermeiden.
- Aktuelle Förderrichtlinien des Bundes ermöglichen meist nur eine Projektförderung. Dies bedeutet eine geringe Planungs- und Zukunftssicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen. Ein nachhaltiges Engagement gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist hierdurch nicht möglich. Wir fordern, von der **Projektförderung abzurücken und das bürgerschaftliche Engagement und die sie tragenden Organisationen strukturell sowie nachhaltig jenseits von einzelnen Projekten zu fördern**. Hierzu gehören insbesondere
 - die Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes,
 - der Ausbau des Förderaspekts der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt,
 - die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur mehrjährigen Förderung von Vorhaben,
 - sowie die Entfristung von bestehenden Programmen.

- **Migrant*innenorganisationen** prägen seit Jahrzehnten die zivilgesellschaftliche Organisationslandschaft in Deutschland. Sie leisten durch ihre Arbeit nicht nur einen Beitrag zu gesellschaftlicher Teilhabe und Integration, sondern tragen darüber hinaus zur Sichtbarkeit von Vielfalt bei. Sie sind politisch-gesellschaftliche Stimmen marginalisierter Gruppen und eröffnen Räume für Empowerment und Teilhabe. Sie gilt es daher nachhaltig zu stärken und einzubinden. Wir fordern,
 - die **Strukturförderung von Migrant*innenorganisationen in den kommenden Jahren auszubauen**, um bestehende Strukturen zu festigen und den Aufbau neuer Organisationen mit Migrationsbezug zu ermöglichen. Sowie
 - die Beteiligungsmöglichkeiten an Förderprogrammen aller Ministerien niedrigschwellig zu gestalten, etwa durch die Verringerung des Eigenmittelanteils bzw. Anrechnung von Engagement als Eigenmittel, um die Diversität in der Organisationslandschaft noch weiter zu fördern.

- Migrant*innenorganisationen bündeln Erfahrungen zum Themenfeld Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch ihre Mitglieder und verfügen über Expertise zu Fragen gesellschaftlicher Teilhabe aller Menschen. Wir fordern, diese Erfahrungen und Expertise in Wert zu setzen und **Migrant*innenorganisationen verbindlich bei der Erarbeitung von Förderrichtlinien zur Extremismus- und Rassismusprävention, Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung von Beginn an einzubinden und zu fördern.**

- Die Zivilgesellschaft ist ein praktischer Lernort für Demokratie, die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung und die Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts. Zugleich ist sie als informeller und non-formaler Lernort wenig anerkannt. Wir fordern den Bund auf, sich dafür stark zu machen, die **Zivilgesellschaft stärker als informellen und non-formalen Lernort zu fördern.**

- Bildungseinrichtungen, wie etwa Schulen und Universitäten, sind weiterhin noch nicht offen genug für bürgerschaftliches Engagement. Wir fordern den Bund auf, sich dafür einzusetzen, dass **gesellschaftlicher Zusammenhalt, Demokratiebildung und bürgerschaftliches Engagement als Themen in die Ausbildung und Lehrpläne von Lehrer*innen** und in der Aus- und Weiterbildung von Verwaltungsangestellten aufgenommen werden und die **strukturelle Diskriminierung in Schulen stärker bekämpft wird.**

- Die zunehmende Radikalisierung am rechten Rand des gesellschaftlichen Spektrums stellt für Engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für ein Zusammenleben in Vielfalt einsetzen, eine steigende Gefahr dar. Sie sind zunehmend Ziel und Opfer rechtsextremistischer Angriffe. Wir fordern, **Engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen besser gegen rechtsextreme Angriffe zu schützen.** Eine Möglichkeit wäre es, Sicherheitsmaßnahmen als förderfähige Ausgaben in Förderrichtlinien mitzudenken und zu finanzieren.

Unterzeichnende Organisationen

Bundeskonferenz der
Migrantenorganisationen

